

## 1. Mai 2007 – DGB-Kundgebung in Peißenberg

Liebe Kolleginnen. liebe Kollegen

Auch wenn Sie es noch nicht in Ihren Geldbörsen bemerkt haben, wir leben in einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Wirtschaftsinstitute überbieten sich bei der Korrektur ihrer Prognosen nach oben. Die Unternehmen übersteigern sich bei der Bekanntgabe ihrer Gewinne.

Allein die 30 Dax-Konzerne weisen einen Gewinn von 62 Milliarden Euro aus – ein absoluter Rekord und ein Zuwachs von 20 Prozent zum Vorjahr. Nimmt man alle Aktiengesellschaften und GmbH zusammen, dann sind deren Gewinne im Vergleich zum Jahr 2000 um 48 % gestiegen; die Profite der 30 Dax-Unternehmen legten sogar um über 70 % zu.

Diese 30 größten Unternehmen zeigen sich auch gegenüber ihren Investoren nicht knauserig. Über 27 Mrd. Euro werden für das Geschäftsjahr 2006 als Dividende an die Shareholder ausgeschüttet; eine Steigerung von fast 20 %.

Man stelle sich das Gezeter vor, wenn die Gewerkschaften eine Lohnerhöhung von 20 % fordern würden.

Allein diese 30 Dax-Unternehmen schütten damit mehr an ihre Aktionäre aus, als alle 500.000 Kapitalgesellschaften in Deutschland zusammen als Körperschaftssteuer zur Finanzierung des Gemeinwesens bezahlen. Ein Hinweis darauf, dass es sich beim Jammern der Unternehmen über die hohe Steuerbelastung in Deutschland um einen reinen Phantomschmerz handelt.

Übrigens: Die Dividenden fließen vornehmlich ins Ausland. Die Ursache: Die Mehrheit der deutschen Aktien liegt bei Aktionären im Ausland, vor allem bei Investmentfonds, Pensionsfonds, Banken und „Heuschrecken“.

Während die Aktionäre der Telekom eine provozierend hohe Dividende von 3,1 Milliarden Euro erhalten – nahezu der vollständige Konzernüberschuss von 3,2 Milliarden –, sollen 50.000 Telekom-Mitarbeiter Geld hergeben, um die Gier der Aktionäre zu bedienen.

Dividendenausschüttung, steigende Aktienkurse, Zinseinnahmen aus den Schulden der öffentlichen Hand – das sind die Instrumente, die die Reichen immer reicher machen. Ende 2006 hatten die Bundesbürger über 4.500 Milliarden Euro als Geldvermögen auf der „hohen Kante“ – das ist fast 17 mal so viel wie der Bundeshaushalt von 2007 und ein Zuwachs von 6 % zum Vorjahr. Seit dem Jahr 2000 sind diese Geldvermögen um 25 % angestiegen; von 3.600 Milliarden auf 4.500 Milliarden.

Im Durchschnitt hat also jeder Bundesbürger 55.000 Euro auf dem Konto.

Da fragt sich jeder: Wer hat meine 55.000 Euro?

Doch dieser Reichtum ist sehr ungleichmäßig verteilt. Die einen haben das Geld, die anderen die Schulden. Ein Prozent der Bevölkerung besitzt die Hälfte dieses Vermögens; 50 % der Bevölkerung haben nichts auf dem Konto oder sogar Schulden.

Eine Vermögenssteuer von lediglich 2 Prozent für dieses eine Prozent der Bevölkerung würde 45 Milliarden Euro ins Steuersäckel bringen. So könnten z.B. Kinderkrippen finanziert werden, ohne die Kommunen noch weiter zu ruinieren, oder das Geld durch Umverteilung innerhalb der

Familien holen zu müssen. Die Reichen würden dadurch nicht ärmer, nur der Zuwachs ihres Reichtums würde sich geringfügig verringern.

Die andere Seite – Bertolt Brecht in einem Gedicht, in dem sich der Arme und der Reiche begegnen: „Der Arme sagte bleich, wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich.“

- § die Armut nimmt in einem der reichsten Länder der Erde zu. Insbesondere Hartz IV erweist sich als Rutschbahn von der Arbeitslosigkeit in die Armut.
- § die Reallöhne befinden sich auf dem Niveau von 1991. Von 1982 bis 2004 wurden im Ergebnis der Tarifverhandlungen rund 18 % von Lohn und Gehalt innerhalb des verteilungspolitisch neutralen Spielraums verloren. Hätte man also Lohnerhöhungen durchgesetzt, die dem Zuwachs an Arbeitsproduktivität plus der Inflationsrate entsprochen hätten, dann wären die Beschäftigteneinkommen heute 18 % höher. Die Finanzierungsproblemen der Sozialversicherungen wären, wenn überhaupt vorhanden, deutlich geringer.
- § im Jahr 2005 ist die Bruttolohnsumme – also die Summe aller bezahlten Löhne – erstmals in der Geschichte der BRD gefallen. Wenn die Entgelte der Beschäftigten im Jahr 2005 um sechs Milliarden Euro gesunken sind, das Volksvermögen aber um 26 Milliarden gestiegen ist, dann deutet dies auf die rasante Umverteilung zu Gunsten des Kapitals und der Reichen hin. So ist denn auch im Jahr 2006 die Brutto-Lohnquote auf ein historisches Tief gefallen: 66,2 %. Logisch, wenn der Anteil der Löhne sinkt, dann steigt dem entsprechend der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen am Volksvermögen.

Der „Aufschwung bringt neuen Stellenrekord“ wird uns eingetrichtert. So nebenbei heißt es dann „Vor allem die Zeitarbeitsbranche trägt zu der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt bei.“ Und in der Tat: Zwar ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse gestiegen - nachdem sie jahrelang rückläufig waren -, aber das Plus ist auf Zeitarbeitsfirmen und überwiegend auf die Zunahme von Teilzeitstellen und Mini-Jobs zurückzuführen, während die Zahl der Vollzeitjobs sogar rückläufig ist.

Zur Zeit geht es ja um die Besetzung des frei werdenden Posten als Vorstandschef bei Siemens. Im Gespräch ist der Vorstandsboss von Linde, Herr Reitzle. Aber da ist ein Problem. Jetzt hat er ein Jahreseinkommen von 7,4 Mio. Euro, Kleinfeld bei Siemens nur 3,4 Millionen.

Diese Einkommen sind aber nur die eine Seite des Skandals. Die Werksschützerin, die an der Konzernzentrale am Wittelsbacherplatz aufpasst, dass kein Unbefugter in das Siemens-Reich eindringt, kommt auf 7,- Euro in der Stunde. Wenn sie 200 Stunden im Monat arbeitet, dann kommt sie auf 1.400 Euro brutto, oder so um die 1.000 Euro netto.

Karstadt-Quelle hat kürzlich angekündigt, zum Jahresende sämtlichen 800 Mitarbeitern in zwei Call-Centern in Nürnberg zu kündigen. Die Beschäftigten erhalten nach Aussage von Quelle, die Möglichkeit, sich bei einer neuen GmbH wieder zu bewerben. Dort sollen sie bei verlängerter Wochenarbeitszeit und weniger Urlaub statt bisher 2.000 Euro nur noch zwischen 1.100 und 1.450 Euro brutto verdienen.

Immer mehr Menschen können von ihrem Lohn nicht mehr leben. Etwa eine Million Erwerbstätige sind zusätzlich zu ihrem Einkommen auf Arbeitslosengeld II angewiesen, um überhaupt über die Runden zu kommen; davon sind über eine halbe Million, Erwerbstätige mit einem Vollzeitjob.

Braucht es noch mehr Argumente für einen existenzsichernden, branchenübergreifenden, gesetzlichen Mindestlohn? 7,50 Euro, wie es die Gewerkschaften fordern, kann aber nur der Einstieg sein, wenn Arbeit vor Armut schützen soll.

Klar ist aber auch:

Der Mindestlohn wird nicht über parlamentarische Konstellationen durchgesetzt, sondern nur wenn eine breite gesellschaftliche Bewegung, in deren Zentrum die Gewerkschaften stehen, den Mindestlohn erkämpft.

Setzt man nur auf die parlamentarische Ebene, dann macht sich die Forderung, wie sie jetzt von der SPD aufgegriffen worden ist, nach einem Mindestlohn gut. Man kann bei den, ob der Gesundheitsreform, der „Rente mit 67“, der geplanten Unternehmenssteuerreform, frustrierten Gewerkschaften wieder punkten. Vor der Realisierung schützt dann schon die Große Koalition.

Kaum einer anderen Gruppe wurde von der SPD-Grünen-Regierung so viel zugemutet wie den Rentnern: mehr für die Pflegeversicherung; mehr Kosten, wenn sie zum Arzt gehen; von ihrer Betriebsrente müssen sie einen Teil an die Krankenkasse überweisen; und dreimal in Folge stiegen die Renten nicht. Zum Trost erhalten sie jetzt ein paar Euro: 5 - 6 Euro, für den Rentner mit 1.100 Euro Rente; die ihm aber wenig nützen, denn zugleich verlangen die Krankenkassen höhere Beiträge.

Mit der „Rente mit 67“ hat „Minister 67“ der Großen Koalition ein Vorhaben durchgeboxt, das im Bundestagswahlkampf keine Rolle gespielt hat, aber einen Amoklauf gegen die Beschäftigungsbrücke von Alt und Jung, und gegen die künftigen Rentner darstellt. Die Absicht der Gewerkschaften, die SPD-Abgeordneten durch „Lobby-Arbeit“ umzustimmen, ist gescheitert. Lediglich 11 Abgeordnete der SPD haben bei der „Rente mit 67“ mit NEIN gestimmt; 193 mit JA.

Um welche Enteignung von Lebenszeit es sich dabei handelt, wird an folgendem deutlich: Wer trotzdem mit 65 in Rente gehen möchte und die zwei Jahre reinarbeiten will, der müsste 25 Jahre lang wöchentlich zwei Stunden länger arbeiten.

Jetzt kann man sagen, dass wir Normalbürger auch eine Rente erhalten könnten, wie sie ein Minister Müntefering oder Steinbrück zusteht; leider hätten wir aber dafür bereits im Jahr 1800 mit der Einzahlung der Beiträge beginnen müssen.

Den Gewerkschaften bleibt nichts anderes übrig, als sich auf die eigene Kraft zu besinnen; die betriebliche und tarifpolitische Durchsetzungsfähigkeit zu steigern, um auch auf der politischen Ebene wieder durchsetzungsfähig zu werden.

Der Tanz um den Fetisch Wirtschaftswachstum wird befeuert, obwohl jeder merkt, dass dieses Wachstum

- § zwar die Unternehmensprofite fördert,
- § die Reichen noch reicher macht,
- § aber an der Masse der Bevölkerung vorbeigeht,
- § in keinem Verhältnis mehr steht zu Arbeitslosigkeit und Armut,
- § und nicht zuletzt, die Geschwindigkeit erhöht, mit der der Kapitalismus die Menschheit in die ökologische Katastrophe führt.

Das Wirtschaftswachstum wird genutzt, um Deutschland noch stärker als Export- und Profitmaschine zuzurichten. Keine Ansprüche stellen, den Aufschwung nicht gefährden - tönt es uns aus den Talkshows entgegen. Der Nachteil dieses Landes sei immer noch, dass es noch nicht vollständig nach den Vorgaben der Unternehmensberatung Mc Kinsey umgestaltet sei.

Die Gewerkschaften sind – das weiß inzwischen jeder – in der Defensive.

Für diese Schwäche der Gewerkschaften sind drei Faktoren verantwortlich:

1. die Politik
2. der neue globale Kapitalismus
3. die Gewerkschaften selbst

1.)

Die Politik, weil sie

- § nichts tut gegen die anhaltende Massenarbeitslosigkeit;
- § mit Hartz IV die Armut per Gesetz verankert, damit die Angst in die Betriebe getragen und die Widerstandskraft in den Betrieben geschwächt hat.
- § den Kündigungsschutz - und damit einen Schutz vor Unternehmerwillkür – gerade in den Bereichen aufgehoben hat, wo in der Regel keine Tarifverträge wirken.
- § befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit, Minijobs befördert und ausweitet und so die Belegschaften spaltet und die Kampffähigkeit unterminiert.
- § mit der Steuerreform von 2001 (der Gewinn aus dem Verkauf von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen ist seit dem steuerfrei) Deutschland zum Magneten für „Heuschrecken“ gemacht hat.
- § durch die Steuerpolitik die Steuern auf Spitzeneinkommen, Vermögen und Unternehmensgewinne immer weiter absenkt und so eine Umverteilung von unten nach oben betreibt, die öffentliche Hand gezielt „bankrottiert“ und auf diese Weise eine „Sachzwang“ zur Privatisierung öffentlicher Betriebe und Dienstleistungen erzeugt.
- § die Auslandsverlagerungen von Arbeitsplätzen sogar steuerlich fördert.
- § die gesetzlichen, solidarischen Sozialsysteme aushöhlt, die sozialen Risiken privatisiert und der Spekulation an den Börsen ausliefert. Das stärkt die Macht der Finanzkonzerne und der „Finanzmärkte“ in der Wirtschaft und in der Politik.
- § mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie das Wettrennen um die niedrigsten Arbeits- und Sozialstandards anfeuert.

2.)

Das Kapital ist global. Begriffe wie „Best Practice“ und „Global Benchmarking“ sind inzwischen jedem Betriebsrat und Gewerkschafter in großen oder sogar mittelständischen Betrieben geläufige Begriffe. Best Practice und Global Benchmarking meint, dass jede Firma versucht, ihre Abläufe entsprechend dem weltweit besten Wettbewerber anzugleichen und diesen zu übertreffen. Es werden globale Parameter für die wirtschaftliche Tätigkeit herausgebildet.

Diese globalen Parameter bedeuten im Klartext, dass das Unternehmen ein höheres Ergebnis erzielen will, als die Kapitalgeber mit ihrem Geld an den Finanzmärkten der Welt, von den Cayman Islands über die Wall Street und London bis nach Hongkong, an Zinsen erzielen könnten.

Vor jeder Investition wird ein in der Tendenz weltweiter, unternehmens- und branchenübergreifender Renditevergleich vorgenommen. Die Fortführung von Betrieben wird damit ständig grundsätzlich zur Disposition gestellt. Da kommt es dann dazu, dass selbst rentable, hochmoderne und hochproduktive Betriebe geschlossen werden.

Wenn die Renditeziele nicht erreicht werden, reagieren die Investoren sofort mit einer Umschichtung ihres Kapitals. Es wird restrukturiert, rationalisiert, verlagert.

Unternehmensteile werden verkauft, es erfolgt eine Konzentration auf Kernbereiche.

Arbeitsplätze werden vernichtet, die Beschäftigten werden auf die Streckbank „betrieblicher

Bündnisse für Arbeit“ gezwungen. Arbeitsplätze werden vernichtet, Löhne gesenkt, die Arbeitszeit verlängert und flexibilisiert.

Die Belegschaften und Standorte, die Betriebsräte und Gewerkschaften werden gegeneinander ausgespielt. Eine Spirale nach unten, die keine Grenze kennt. Immer offensichtlicher wird die Kluft zwischen der Antriebskraft dieses kapitalistischen Systems, der hemmungslosen Jagd nach Profit, und all dem was das Leben der Menschen ausmacht: Arbeit, Bildung, soziale Sicherheit, Umwelt, Demokratie, Solidarität, Entfaltung der Persönlichkeit.

Und während das Kapital global agiert, sind die Gewerkschaften noch weitgehend national „beschränkt“. Deshalb ist die Beteiligung von Gewerkschaftern und Gewerkschaften an den Protesten gegen das Gipfeltreffen der G8 Anfang Juni in Heiligendamm auch so wichtig. Die gewerkschaftlichen Forderungen nach Kernarbeitsnormen, gesetzlichen Höchstarbeitszeiten, Mindestlöhnen, betrieblicher Schutz- und Beteiligungsrechte sowie der Widerstand gegen die Privatisierung der Daseinsvorsorge und für die Sicherung der solidarischen, öffentlichen Sozialsysteme erfordern das grenzüberschreitende Handeln der Gewerkschaften – gemeinsam mit Bündnispartnern aus anderen Sektoren der Gesellschaft.

Bei der Telekom ist die zweitgrößte Heuschrecke der Welt, der US-Fonds Blackstone, mit Unterstützung der Bundesregierung der größte private Aktionär bei der Telekom. Es ist der Großaktionär Blackstone, der gemeinsam mit der Bundesregierung, den Börsenwert und die Rendite brutal zu Lasten der Beschäftigten und der Arbeitsplätze erhöhen will. Länger arbeiten für weniger Geld bei einer noch unsichereren Zukunft, das soll 50.000 Telekom-Beschäftigten aufgezungen werden.

Da wird der Zusammenhang deutlich, zwischen den beiden Ebenen

- § der wachsenden Unsicherheit, in die jeder Einzelne gestürzt wird; in seinem Beruf, seiner Familien- und ganzen Lebensplanung, und
- § der wachsenden Instabilität und Verunsicherung der Gesellschaft.

Telekom, das war wie Siemens oder VW, ein Symbol der Stabilität, und – wenn auch eingeschränkt und in unterschiedlichem Ausmaß – des Respekts vor den Rechten der Beschäftigten.

Telekom, das ist jetzt ein Symbol,

- § wie der alte Konsens zerbricht,
- § wie der Kern der Arbeit in die Krise gerät,
- § wie die Prekarität vorangetrieben wird;
- § ein Symbol des systematischen Angriffs des Neoliberalismus auf alle Rechte der Arbeiterbewegung.

Prekarität, d.h.

- § Leiharbeit,
- § Niedriglohn,
- § befristet beschäftigt,
- § kein Schutz durch Betriebsrat und Tarifvertrag, der den aufrechten Gang im Betrieb erlaubt,
- § Unsicherheit der Arbeit und der gesamten Lebensplanung.

Prekarität ist nicht nur ein ökonomisches Phänomen, nicht nur eine gewerkschaftliche Frage; Prekarität ist nicht nur ein Problem der Arbeitsbeziehung.

Prekarität berührt und beeinflusst das ganze Leben, die Familienbeziehungen, die Geschlechter- und Generationsbeziehungen. Prekarität fördert Nationalismus und wachsende Ungleichheit.

Prekarität hat es immer gegeben; auch in den 60er und 70er Jahren; bei den Arbeitsimmigranten, damals Gastarbeiter genannt, wie auch in bestimmten Branchen. Aber sie war ein Ausdruck der Rückständigkeit. Die Tendenz war, von der prekären Arbeits- und Lebenssituation in das Normalarbeitsverhältnis zu kommen.

Heute ist es anders herum: Prekarität, flexible Belegschaft ist der Ausdruck der Modernität des heutigen Kapitalismus. Das Normalarbeitsverhältnis und der verbindliche Flächentarifvertrag werden zum Auslaufmodell.

Prekarität ist nicht nur eine Ursache für die Schwächung der Gewerkschaften, Prekarität ist ein Ausdruck der Krise der Zivilisation.

Krise der Zivilisation, das ist nicht nur der „permanente Krieg“ und die drohende Klimakatastrophe. Krise der Zivilisation ist auch eine Entwicklung, die den Menschen das Vertrauen in die Zukunft nimmt. In welcher Gesellschaft leben wir, wenn es normal ist, dass die Beschäftigten in den Betrieben sagen: Ich bin froh, dass ich schon so alt bin. Das erste Mal in der Geschichte des Kapitalismus leben wir in einer Situation, in der es der jungen Generation schlechter geht, als der vorherigen. Zukunft ist nicht mehr mit Hoffnung und Herausforderung, sondern mit Angst und Ungewissheit verbunden. Auch das ist Ausdruck der Krise der Zivilisation, die der globale Kapitalismus verursacht.

Und die Belegschaften, wenn sie sich denn einmal wehren, werden dann als Besitzstandwahrer, Betonköpfe, Egoisten, die die Zeichen der Zeit nicht verstehen, diffamiert.

Aber die Belegschaften vertreten im Unterschied zu den Großaktionären keine egoistischen Sonderinteressen, sondern das Gemeininteresse und Zukunftsinteressen der gesamten Gesellschaft. Sie vertreten all die Werte, die das Leben der Menschen ausmachen: sinnvolle Arbeit, Bildung, soziale Sicherheit, Demokratie, Solidarität, Entfaltung der Persönlichkeit.

Bleiben wir bei der aktuellen Auseinandersetzung bei der Telekom: In dieser Auseinandersetzung wird doch wieder einmal ganz deutlich: Demokratie darf nicht am Betriebstor enden!

Die Beschäftigten brauchen wirksame Mitbestimmungsrechte über wirtschaftliche Angelegenheiten. Wie sollen Ausgliederungen, Firmenzerlegungen, Auslandsverlagerungen, etc., die nur zur Profitmaximierung vorgenommen werden, verhindert werden, wenn nicht die Belegschaften, die Betriebsräte und die Gewerkschaften wirksame Mitbestimmungs- und Vetorechte über Investitionen erhalten? Wie sollen Schutz der Umwelt, die Nachhaltigkeit der Entwicklung oder regionale Entwicklungsinteressen in die Unternehmensstrategien einfließen, wenn es nicht Mitbestimmung über wirtschaftliche Entscheidungen gibt?

Gerade in dieser Auseinandersetzung drängt sich doch auch die Frage auf: War die Privatisierung der Telekom richtig? Oder lag nicht die damalige Postgewerkschaft mit ihrem Widerstand gegen die Privatisierung richtig?

Gerade bei der Telekom muss man doch die Frage stellen, ob sie dem privaten Profitstreben untergeordnet werden darf, oder ob sie, weil sie zur Grundversorgung der Menschen – ebenso wie Gesundheit, Bildung, Alterssicherung, Wasser, Energieversorgung, Bahn – zählt, unter öffentliche Kontrolle gestellt werden muss.

Das ist nicht nur eine wirtschaftliche Frage, sondern auch eine Frage der Demokratie.

Denn ganz klar ist, eine Politik, die sich nicht mehr an der Maximalrendite für die Investoren, sondern am Gemeinwohl orientiert, braucht eine ökonomische Struktur, die zumindest in den Schlüsselbereichen auf Gemeineigentum basiert.

Nicht umsonst wird in Venezuela, Bolivien, Ecuador neben Öl, Gas und Strom auch die Telekommunikation wieder verstaatlicht.

3.) Die Gewerkschaften haben auch selbst viel dazu beigetragen, dass ihnen nicht mehr viel zugetraut wird. Nach den beeindruckenden Aktionen im April 2004 sind sie in ein anhaltendes „Sommer-Loch“ gefallen. Es hat bis zum Herbst 2006 gedauert, bis sie wieder auf das gesetzt haben, auf dem ihre Kraft beruht: auf die Mobilisierung der Mitglieder, das solidarische Handeln und das Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen, mit denen es gemeinsame Interessen in der Verteidigung der Rechte der arbeitenden Klasse und im Ringen um eine bessere Welt gibt.

Aber auch dann, als es Ende vergangenen Jahres / Anfang diesen Jahres um die Entscheidung zur Gesundheitsreform und zur „Rente mit 67“ ging, sind IG Metall und verdi ziemlich alleine gestanden.

Für die Gewerkschaften besteht die Möglichkeit, mit diesem 1. Mai eine Phase der Wiedergewinnung gewerkschaftlicher Kraft und der Rückgewinnung betrieblicher, tarifpolitischer und gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit zu eröffnen.

In dieser Woche wird sich in zwei Branchen entscheiden, ob die Gewerkschaften noch ernst zu nehmen oder ob sie schon zur kollektiven Bettelei verurteilt sind:

1. Tarifrunde in der Metall- und Elektrobranche
2. Telekom

Eine zentrale Rolle im Kampf um eine Veränderung spielt die Wiederherstellung der Solidarität. Solidarität ist der positive Effekt einer Denkkoperation: die eigenen Interessen und den Standpunkt und die Lage der anderen, die sich in einer vergleichbaren Position befinden, mitzudenken. Aber für diese Anstrengung beliebt immer weniger Energie und Möglichkeit. Wer von der Arbeit körperlich und geistig völlig ausgelaugt nach Hause kommt, für den ist es schwierig, diese Energie auch noch aufzubringen. Wer völlig isoliert vor seinem PC seine Arbeit macht, wie soll der, angeregt durch die Arbeit, die Lage der anderen Arbeitskollegen kennen. Mehr Wettbewerb am und um den Arbeitsplatz heißt eben auch: Man hat keine Kollegen mehr, nur noch Konkurrenten.

Und trotzdem: Ohne Wiederherstellung der Solidarität wird es keine Veränderung zum Besseren geben. Wiederherstellung der Solidarität heißt Entwicklung einer Kultur des Widerstandes, die sich der herrschenden Unkultur und der Zerstörung der Zivilisation widersetzt.

Wiederherstellung der Solidarität heißt Neubegründung der Arbeiterbewegung, als internationalistische Bewegung in der Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen.

In diesem Sinne: „Du hast mehr verdient! Mehr Respekt, Soziale Gerechtigkeit, Gute Arbeit.“

Leo Mayer  
isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.